Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,25 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 128 | Freitag, den 9. Mai 1930. | Jahrgang 1930

Tagesfragen.

Der preußische Ministerpräsident Dr. Braun scheint der Meinung zu sein, daß man, wenn er dreimal dasselbe sage, ihm doch zustimmen müsse. Zum dritten Male hat man jetzt seine Ansicht über den Volkstrauertag gehört. Zunächst ließ er sie durch den Amtlichen preußischen Pressedienst verkünden, dann wiederholte er sie dieser Tage im Hauptausschuß des Landtages und gestern tat er dasselbe nochmals in seiner Plenarsitzung. Wir haben uns damals gleich entschieden gegen seine Meinung ausgesprochen. Der Volkstrauertag hat im Volke sehr starken Anklang gefunden, und es wirkt geradezu lächerlich, wenn ihn der Ministerpräsident als eine Vereinsangelegenheit abtun zu können glaubt. Im Volke hat man es durchaus dankbar empfunden, daß der Volksbund für deutsche Kriegsgräberfürsorge die Initiative zu öffentlichen Gefallenengedenkfeiern an einem bestimmten Sonntage ergriffen hat, nachdem staatlicherseits in dieser Hinsicht ein Versagen festzustellen war. Der Ministerpräsident irrt sich bestimmt, wenn er glauben sollte, durch seine wiederholten Erklärungen dem Volkstrauertag die Bedeutung der gemeinsamen Gefallenenehrung nehmen zu können. Aber diese „Vereinsangelegenheit" ist offenbar ein Steckenpferd von ihm geworden. Er reitet es zu Schanden, ohne damit etwas anderes zu erreichen, als daß man sich vielleicht zu sagen veranlaßt sehen könnte, man wolle diese Marotte eines durchaus brauchbaren Staatsleiters mit Nachsicht hinnehmen.

*

Im Preußischen Landtag wurde am Donnerstag von dem Redner des Zentrums ein Problem zur Diskussion gestellt, dessen Lösung für die ruhige Weiterführung der Reichspolitik von größter Bedeutung ist. In den Reihen des Zentrums sowohl im Reichstag wie im Preußischen Landtag wird als ein unmöglicher Zustand empfunden, daß die Sozialdemokratie gegen die Reichsregierung eine ungemein gehässige und ketzerische Politik treibt. Sofort nach der Bildung des Kabinetts Brüning setzte das Kesseltreiben der Sozialdemokratie gegen das Zentrum im Reich und gegen das Kabinett Brüning ein. Bereits damals wurde in nicht mißzuverstehender Weise die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtages darauf hingewiesen, daß das Zentrum keine Neigung habe, in Preußen am gemeinsamen Regierungstisch mit den Sozialdemokraten zu sitzen, wenn es im Reich von der gleichen sozialdemokratischen Seite aus Fußtritte erhalte. Es war höchste Zeit, daß der Zentrumsabgeordnete Grebe nunmehr zu dieser Frage eine offene Erklärung abgab. Ministerpräsident Dr. Braun hat denn auch die Sprache des Zentrums sofort begriffen. Man ist ohnehin schon seit langem davon unterrichtet, daß Braun mit der verfehlten Taktik seiner Parteifreunde im Reich durchaus nicht einverstanden ist. Er befindet sich sozusagen in einer Zwickmühle. Doch seine dem Zentrum gegebene Antwort beweist wieder einmal, daß er in staatsmännischer Klugheit die Parteiinteressen in den Hintergrund zu schieben weiß. Die Sozialdemokraten mußten sich von ihrem höchsten Regierungsbeamten in Preußen sagen lassen, daß sie doch ihre Oppositionsstellung im Reich nicht so gestalten sollen, daß ein späteres Zusammenarbeiten mit den Parteien, zu denen sie jetzt in Opposition stehen, unmöglich werde. Hoffentlich werden die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag die entsprechenden Folgerungen ziehen. Bisher war es stets die Aufgabe Preußens gewesen, die Reichspolitik zu stützen. Es ist nicht möglich, daß Preußen von dieser Politik abgeht, wenn zur Zeit im Reich eine Regierung am Ruder ist, die einer Koalitionspartei in Preußen nicht gefällt. Diese Mission Preußens richtig erkannt zu haben, sei als ein Verdienst des preußischen Ministerpräsidenten gern anerkannt.

*

Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hilferding stellt in der von ihm herausgegebenen Monatsschrift „Die Gesellschaft" sehr bemerkenswerte Betrachtungen über den Regierungswechsel an. Das psychologisch ausschlaggebende Argument, schreibt er, das die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion veranlaßte, gegen den Kompromißantrag zum Arbeitslosenversicherungsgesetz zu stimmen, sei die Befürchtung gewesen, daß es im Herbst zu einem Leistungsabbau in der Arbeitslosenversicherung kommen werde, und daß eine solche Politik für die Sozialdemokratische Partei nicht tragbar sein werde. Dazu bemerkt Hilferding: „Es ist nicht gut, aus Furcht vor dem Tode Selbstmord zu verüben." Vom Standpunkt der sozialen Gesetzgebung jedenfalls wäre eine erträgliche Lösung der Arbeitslosen-Fürsorge leichter gewesen in einer Regierungskoalition, in der die Sozialpolitiker des Zentrums mit der Sozialdemokratie zusammengearbeitet hätten, als in der jetzigen Regierung, in der das Zentrum „in Abhängigkeit gerade von den stärksten Gegnern der Arbeitslosenversicherung geraten ist." War also nach Hilferdings Ansicht der Entschluß der Sozialdemokraten, um ihrer Stellung zur Arbeitslosenfrage willen aus dem Kabinett auszutreten, zumindest nicht gut erwogen, so bezeichnet er auch staatspolitisch die jetzt geschaffene Situation als keineswegs erfreulich:

„Es kann zugegeben werden, daß für ein reibungsloses Funktionieren des parlamentarischen Systems die Möglichkeit von Alternativregierungen, der Wechsel zwischen rechts und links, nützlich sein kann. Aber das setzt voraus die Anerkennung der Grundlagen dieses Systems, die Anerkennung der Republik und des Parlamentarismus. Gerade diese Anerkennung hat die Deutschnationale Partei verweigert und sich dadurch von der Teilnahme an der Regierungsgewalt ausgeschlossen. Der Konflikt zwischen diesen Interessen und der antiparlamentarischen monarchistischen Ideologie erschütterte ja von Anfang an das Gefüge dieser Partei, und es war das Verdienst Hugenbrgs, den Konflikt auf die Spitze getrieben zu haben. Hätte man diesen Konflikt ausreifen lassen, so hätte er mit der Umwandlung der Deutschnationalen Partei in eine staatskonservative Gruppe geendet. Jetzt hat man der Partei die Möglichkeit gegeben, ihre Interessen in stärkstem Maße durchzusetzen, ohne mit ihrer Ideologie kapitulieren zu müssen. Siegt Westarp endgültig über Hugenberg, so siegt er als Monarchist und Antiparlamentarier, und der staatspolitische Nutzen ist vertan."

Man braucht nicht restlos dem, was Hilferding hier schreibt, zuzustimmen. Aber es ist erfreulich, daß er seinen Genossen ihre politische Sünde, die sie seit dem Austritt aus der Regierung auf andere abzuwälzen trampfhaft bemüht sind, klar vor Augen führt.

*

Die „Frankfurter Zeitung" und die „Kölnische Volkszeitung" kommentieren zustimmend die Aeußerung des Reichspräsidenten, er gratuliere nicht zum 50. Geburtstag, weil die Erreichung dieses Lebensalters in seinen Augen nichts Besonderes sei. Es mag sein, daß auch wir aus diesem oder jenem Grund einmal diesen Fehler in den Augen Hindenburgs begangen haben. Das soll uns nicht hindern, freimütig anzuerkennen, daß er recht hat. Wir werden uns künftig nach seiner Meinung richten. Erst wenn der Lebende an die Altersgrenze gekommen ist, von der es in der Bibel heißt, dann sei das Leben köstlich gewesen, sei künftig Geburtstagskindern öffentlich gratuliert. Nicht uninteressant ist auch, daß die preußischen Minister übereingekommen sind, nicht mehr an festlichen Veranstaltungen teilzunehmen, bei denen Photographen zugelassen werden. Sie sind von Amts wegen gezwungen, häufiger in den Frack zu steigen, als es ihnen lieb ist. Die Photographen sorgen dann dafür, daß sie den Zeitgenossen kaum anders als an gutgedecktem Tisch, essend und pokulierend und in heiterer Gesellschaft, im Bilde nahegebracht werden. Die Ministertätigkeit besteht aber doch in anderem Tun. Die gesellschaftliche Inanspruchnahme ist sozusagen unangenehmes Beiwerk. Wenn dann die kommunistische Presse noch kommt und über Bilder mit Ministern im Frack die artige Ueberschrift setzt: „So fressen und saufen sie", dann kann man es ihnen wahrhaftig nicht verübeln, wenn sie dem Photographenansturm nicht mehr standhalten wollen.

Die preußische Koalition durch die Situation im Reichstag nicht gefährdet.

Brauns Antwort auf eine Mahnung des Zentrums.

:: **Berlin**, 8. Mai.

Auf der Tagesordnung des Landtags stand heute die große politische Aussprache bei der zweiten Lesung des Haushaltes des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten. Dazu lag ein deutschnationaler Antrag vor, der verlangt, daß der Eintritt der Preußischen Staatsbank in die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich nur mit Zustimmung des Landtages erfolgen darf. Eine Große Anfrage der Deutschnationalen beschäftigt sich mit der Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland und verlangt, daß die Rückgabe des Saargebietes und seiner Gruben bedingungslos erfolgt.

Ministerpräsident Dr. Braun leitet die Beratung ein: Wenn in der Ausschußberatung behauptet wurde, der Volkstrauertag sei aus dem Empfinden der breiten Volksmassen geboren, so muß ich entschieden widersprechen. Es handele sich mehr um eine Vereinsangelegenheit, als um eine allgemeine Volkssache. Die preußische Regierung hat sich ebenso wie übrigens auch die bayerische und württembergische und auch Regierungen anderer Länder bisher ablehnend verhalten. Im übrigen werde dieser Volkstrauertag in manchen Orten mißbräuchlich zur Weckung und Regehaltung des Revanchegedankens gegen die Gründer des heutigen Regimes benutzt. Es sei auch nicht zu erkennen, weshalb die durchaus ernsten Kundgebungen der Sozialdemokraten zur Erinnerung an den Kapputsch die Veranstaltungen des Vereins zur Pflege der Kriegergräber am Volkstrauertage störten. Es habe für ihn also keine Veranlassung vorgelegen, sich an diesem Tage seinen Parteifreunden zu versagen. Der Ministerpräsident erklärte noch, daß der

Mißbrauch evangelischer Kirchen zu Veranstaltungen im Sinne des Revanchegedankens

und gegen die heutige Regierung nicht gerade dazu beitragen könne, die Verhandlungen über einen Vertrag zwischen dem Staat und der evangelischen Kirche zu fördern. (Aha! und Hört! Hört! rechts.) Gleichwohl werden die Verhandlungen mit Eifer fortgesetzt, sodaß in nicht allzuferner Zeit greifbare Ergebnisse zu erwarten seien.

Der Ministerpräsident versuchte dann

die Haltung der Staatsregierung im Falle der drei disziplinierten Hannoverschen Landräte

zu rechtfertigen. Sie hätten angesichts ihres offenen Affronts gegen die Regierung nicht länger in ihrem Amt belassen werden können. Er hoffe, daß man in Hannover einsehen möge, daß es wenig staatspolitisches Verantwortlichkeits gefühl verrate, wenn man aus diesem Anlaß, bei dem es sich um nichts weiter als eine notwendige Verwaltungsmaßnahme handele, den Gedanken der Separation in weite Volkskreise trage. Der Minister des Innern werde demnächst den Herren der Provinzialvertretung diese Gesichtspunkte darlegen und er, der Redner hoffe, daß der Provinziallandtag und die übrigen Provinzinstanzen sich in Zukunft im Rahmen der ihnen durch Gesetz gezogenen Zuständigkeiten halten werden.

Zur Frage der Reichsreform erklärte der Ministerpräsident entgegen den in Zusammenhang mit dem preußischen Antrag auf Beseitigung des § 35 des Finanzausgleichgesetzes gegen Preußen erhobenen Vorwürfen, daß

der Staatsregierung nichts ferner liege, als einen irgendwie gearteten Zwang auf die kleinen Länder auszuüben.

Er stehe vielmehr auf dem Standpunkt, daß alle diejenigen deutschen Länder, die in der Lage seien, aus eigenen Kräften ihre Selbständigkeit zu erhalten, diese auch behalten sollen. Indessen sei im Interesse einer Konsolidierung unserer innerstaatlichen Verhältnisse im Reich auch jeder Entschluß eines anderen Landes, sich Preußen anzuschließen, durchaus zu begrüßen. Das Vorgehen der Staatsregierung wende sich lediglich gegen eine übermäßige Belastung Preußens. Wenn man demgegenüber in Bayern davon gesprochen habe, daß dieses Vorgehen Preußens „eine Schande für Deutschland" sei, so müsse das mit aller Schärfe zurückgewiesen werden.

Dem Reiche sei damit nicht gedient, daß zur Pflege des kleinstaatlichen Partikularismus leistungsfähige Länder auf Kosten des Reiches, also der anderen Länder künstlich erhalten werden.

(Zustimmung bei der Mehrheit.) Für Bayern bestehe am wenigsten Grund, sich darüber aufzuregen, da es hinsichtlich der Ueberweisungen des Reiches bedeutend günstiger gestellt sei, als Preußen. Der Minister wies dann die in außerpreußischen Ländern hervorgetretene Ansicht zurück, als ob durch die Aufwendungen für die Osthilfe dem Staate Preußen ein besonderer Dienst erwiesen wurde. Zu einem solchen Schluß könne man nur kommen, wenn man unberücksichtigt lasse, daß Preußen unter dem Friedensvertrag am schwersten zu leiden habe.

Geradezu grotesk mute es an, wenn jetzt auch Bayern an der Osthilfe beteiligt sein wolle.

Man scheine sich überhaupt in gewissen außerpreußischen Ländern allmählich daran gewöhnt zu haben, daß es recht und billig sei, auf Kosten Preußens sich Sondervorteile durch das Reich zuschanzen zu lassen. Er erinnerte an die Verlegung des Versorgungsamtes nach Mainz. Preußen werde sich mit allem Nachdruck gegen solche Zurückstellungen wenden. Ueber der notwendigen Osthilfe dürfe die Unterstützung des Rheinlandes, das außerordentlich unter der Besatzung gelitten habe und noch leide, nicht vergessen werden

Eine offene Wunde bleibe nach dem Abzug der Besatzung aus dem Rheinland noch die Saarfrage.

Ueber die Einzelheiten der zur Befreiung der Saar gepflogenen Verhandlungen könne er noch keine Mitteilung machen. Die Staatsregierung sei sich mit dem Reichskabinett darüber einig, daß die Saargruben bedingungslos zurückgegeben werden müssen. Die Uebernahme neuer Opfer für eine frühere Räumung der Saar könne man aber nicht verantworten. In solchem Falle wäre es auch im Interesse der Saarbevölkerung besser, die im Versailler Vertrag gesetzte Frist für eine bedingungslose Rückgabe abzuwarten.

Wenn eine Amnestie anläßlich der Befreiung der Rheinlande kommen sollte, so dürften die Fememörder nicht darunter fallen;

denn diese feigen, zum Teil bestialischen Mordtaten dieser Leute hätten mit der Besatzung im Rheinlande nichts zu tun. (Pfuirufe bei den N. S.) Bei der Frage der Disziplinierung von Beamten, die sich an dem Volksbegehren gegen den Youngplan aktiv beteiligt haben, könne man nicht davon ausgehen, daß es sich um eine erledigte Sache handele. Man müsse vielmehr berücksichtigen, daß die Herren vom Reichsausschuß nach der Durchführung des Volksbegehrens ausdrücklich erklärt hätten, das Volksbegehren sei nur der erste Auftakt zu weiteren ähnlichen Aktionen gewesen und daß sich der Kampf nicht so sehr gegen den Youngplan als gegen das heutige republikanische Regime richtete. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Es wäre daher

eine ganz unangebrachte Schwäche, wenn man jetzt von der Disziplinierung der Beamten, die sich aktiv für das Volksbegehren eingesetzt haben, Abstand nehmen wollte.

(Lärm und Pfuirufen rechts, lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.) Der Ministerpräsident nahm dann scharf gegen die Behauptung rechtsgerichteter Kreise Stellung, daß sich die Staatsregierung vornehmlich von parteipolitischen und nicht von staatspolitischen Erwägungen leiten lasse. Diese Behauptung sei völlig unberechtigt und beruhe auf einer Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse. Das Ausscheiden der Deutschen Volkspartei aus der Regierung habe nichts an den Leitlinien der preußischen Politik geändert. Die Staatsnotwendigkeiten würden stets das ausschlaggebende Motiv für die Regierung sein. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Mißglückte Staatsstreichpläne in Spanien.

Zwei Generäle verhaftet.

Madrid, 8. Mai. In den frühen Morgenstunden wurde bekannt, daß die Generäle Martinez Apido in Madrid und Berrera in Barcelona für die Nacht zum Donnerstag den Sturz der Regierung Berenguer mit Hilfe eines Teils des Militärs in beiden Städten, vor allem der Husarenregimenter, geplant hatten. Die Unternehmung kam nicht zur Ausführung, da der größere Teil der Garnison sich weigerte, mitzumachen. Als die Regierung über die Gefahr, in der sie sich befand, unterrichtet wurde, ließ sie sofort die beiden Generäle in ihren Wohnungen verhaften, wo sie zunächst unter Bewachung verblieben. Einzelheiten über die Vorbereitungen zu diesem neuen Staatsstreich sind noch nicht bekannt, jedoch steht fest, daß die Studentenunruhen der letzten Tage, bei denen auch ein Husarenoffizier lebensgefährlich verletzt wurde, den unmittelbaren Anlaß gegeben haben.

Sobald die Republikaner von der Sache erfuhren, kamen in der Wohnung des ehemaligen Ministers Villanueva die Universitätsprofessoren Maranon und Sanchez Roman, die ehemaligen Minister Sanchez Guerra und Melquiades Alvarez, die Generäle Riquelme und Aguilera, sowie die Republikanerführer Lerroux und Domingo zu einer Besprechung der Lage zusammen. Sie beschlossen, im Falle der Verwirklichung des Staatsstreiches Widerstand bis aufs Aeußerste zu leisten, was also einen bitteren Straßenkampf bedeutet hätte.

Im Zusammenhang damit erfährt der Vertreter der Telegraphen-Union von bestunterrichteter Seite, daß der König beabsichtigt, baldigst eine liberale Regierung unter dem Vorsitz des ehemaligen Ministers Santiago Alba zu bilden, der während der Diktatur in Paris verbannt war, und mit dem Grafen Romanones als Landtagspräsidenten.

In Madrid herrscht völlige Ruhe. Aus Salamanca wird berichtet, daß die dortige Studentenschaft dem aus Madrid zurückgekehrten Unamuno einen begeisterten Empfang bereitete, wobei Gedenktafeln für Primo de Rivera und den früheren Unterrichtsminister vernichtet wurden.

*

Ein französischer Sonderbericht.

Paris, 8 Mai. Der „Temps" hat einen Sonderberichterstatter nach Spanien entsandt. In seinem heute veröffentlichten ersten Telegramm meldet er, daß man gestern im Laufe des Tages und im Laufe der heutigen Nacht in Madrid einen Aufstand erwartete. Die Aufruhrbewegung sei von der Husarenkaserne ausgegangen und die Generäle Martinez Apido, Barrera und Saro ständen dieser Bewegung nicht fern. Berenguer scheine entschlossen zu sein, seine Politik nicht zu ändern. Seit Montag hätten sich die Anzeichen einer ernsten Krise bemerkbar gemacht. Einen Augenblick habe man sogar annehmen können, daß die Regierung zurücktreten werde. Gestern habe die Lage so ernst ausgesehen, daß der frühere liberale Minister Villanueva die Politiker, die Anhänger der verfassungsgebenden Cortes seien, zu einer Besprechung zusammenberufen habe. Ueber die Maßnahmen, die beschlossen worden seien, werde Stillschweigen beobachtet. Die Beunruhigung sei erst bei Tagesanbruch völlig verschwunden, ohne daß man jedoch wisse, warum die Bewegung gescheitert sei.

*

Die beiden Generäle freigelassen.

Madrid, 8 Mai. Die in der Nacht zum Donnerstag außerordentlich kritisch gewesene Lage in Spanien ist dank der Klugheit der Regierungsmaßnahmen nunmehr wieder als gesichert anzusehen. Die beiden verhafteten Generale wurden Donnerstag angeblich auf Wunsch der Krone wieder freigelassen.

Abg. Schuchtmann (Soz.) erklärte, die Politik müsse sich nach den Regierungsverhältnissen richten; das sei früher auch der Fall gewesen.

Die gegenwärtige Preußenkoalition müsse bestehen bleiben,

weil sie für das Reich eine innere Notwendigkeit sei.

Abg. Steuer (Dnatl.) beklagte sich darüber, daß Staatsregierung und Staatsverwaltung fast völlig zum Werkzeug reiner Parteipolitik geworden seien. Der krasseste Fall parteipolitischen Mißtrauens sei die Verdrängung der drei hannoverschen Landräte aus ihrem Amt, weil sie als Provinziallandtagsabgeordnete nicht abgestimmt hätten, wie es der sozialdemokratische Oberpräsident wünschte. Dadurch seien die Lostrennungsbestrebungen in Hannover bedenklich gestärkt worden. Er forderte eine Umbildung der preußischen Regierung und schloß: Stürzen Sie Brauns — dann retten Sie Preußen! (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Grebe (Z.) führte aus: Der Youngplan ist im Reiche von den Sozialdemokraten zusammen mit den anderen Parteien, auch mit der Zentrumspartei, angenommen worden, weil alle Parteien dieselbe außenpolitische Linie verfolgten. Es müsse erwartet werden, daß die Sozialdemokratie im Reiche auch für die finanzpolitischen Auswirkungen loyalerweise zur Verfügung stände. Würde sie sich den innerpolitischen Konsequenzen des Youngplanes entziehen, so wäre das schon an sich betrachtet ein Verfahren, für das man aus rein etatspolitischen Gründen kein Verständnis aufbringen könnte.

Wenn man sich aber die agitatorischen Formen besieht, die in der sozialdemokratischen Presse gegen das Kabinett Brüning seit Wochen beliebt werden, so kann allerdings keine Unklarheit darüber bestehen, daß dergleichen für das weitere staatspolitische Zusammenarbeiten der Koalitionsparteien in Preußen zum mindesten nicht förderlich ist.

(Lebhaftes Hört! Hört!) Nach der ganzen inneren Struktur des deutschen Staatswesens ist es unseres Erachtens nicht wohl möglich, jetzt eine Politik im Reichstag ohne jedwede Rücksichtnahme auf die Regierungsverhältnisse in Preußen zu machen. Dafür greifen diese denn doch zu viel ineinander über. Es wäre schon der Mühe wert, wenn sich die preußische Sozialdemokratie über diese Seite der Sache einmal ernstlich mit ihren Freunden im Reich unterhalten würde.

Ministerpräsident Braun erwiderte darauf: Zu der Vermutung, daß die Sozialdemokratische Partei sich den innerpolitischen Konsequenzen des Youngplanes entziehen wollte oder in Zukunft entziehen will, liegt kein begründeter Anlaß vor. Meinungsverschiedenheiten über die Gestaltung der innerpolitischen Maßnahmen, die sich aus der Reparationsregelung ergeben, liegen in der Natur der Sache. Erwünscht ist es aber, daß sie beiderseitig rein sachlich und unter Vermeidung persönlich verletzender Unterstellungen und Schärfen ausgetragen werden.

Denn jede sich ihrer Verantwortung für das Staatsganze bewußte Partei muß auch in Oppositionsstellung ihr Auftreten, sei es im Parlament oder in der Presse, stets so einrichten, daß später ein Zusammenarbeiten mit den Parteien, zu denen sie zeitweilig in Opposition steht, möglich bleibt.

Daß bei der Verbundenheit von Reichs- und Staatspolitik die Auseinandersetzungen im Reiche auch für die preußische Politik sich nicht gerade förderlich erweisen könnten, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Indes ist die preußische Koalition schon Jahre hindurch bei mehrfach wechselnden Reichskoalitionen in verständnisvoller fruchtbarer Zusammenarbeit von Bestand gewesen, sodaß sie auch durch die derzeitige Situation im Reichstage meines Erachtens nicht gefährdet zu werden braucht. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.)

Abg. Stendel (D. V.) begrüßte das Versprechen des Ministerpräsidenten, daß die preußische Politik der Reichspolitik nicht abträglich sein solle. Die an sich sehr begrüßenswerte Sparsamkeit müsse oben beginnen, und die Minister müßten mit gutem Beispiel vorangehen; statt dessen aber seien beispielsweise noch außerhalb des Haushaltes allein für Ausbesserungen in den Repräsentationsräumen des Staatsministeriums 60 000 ℳ und für Einrichtungsgegenstände des Wohlfahrtsministers 10 000 ℳ ausgegeben worden. (Hört! Hört! rechts.) Auch in der Frage der hohen Aufwandsentschädigungen müsse endlich ein Ausgleich mit dem Reich erfolgen. Es bestehe kein Zweifel, daß

in der Provinz Hannover eine ganz außerordentliche Erregung entstanden

sei. Die Disziplinarverfahren, die aus Anlaß des Volksbegehrens eingeleitet worden seien, müßten niedergeschlagen werden.

Abg. v. Detten (W. P.) bemängelte, daß auf die Versprechungen, die vor Jahren vom Ministerpräsidenten bezüglich des Schutzes des Mittelstandes gegeben worden seien, Taten immer noch fehlten. Er kritisierte zum Schluß die Haltung der Deutschnationalen, die nicht für die von der Wirtschaftspartei beantragte Auflösung des Landtages gestimmt hätten.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Freitag 10 Uhr vertagt.

Panzerkreuzer B im Ausschuß abgelehnt.

Groener verteidigt den Marineetat.

◆ **Berlin,** 8. Mai.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages ging am Donnerstag zu der Beratung des Marineetats über. Abg. Stücklen (Soz.) wies als Berichterstatter darauf hin, daß dieser Etat sich ebenfalls in aufsteigender Linie befinde. Auffallen müsse die große Zahl der Abteilungsleiter, die als solche eine besondere Zulage erhielten. Auch im ganz allgemeinen gäbe es

ein Uebermaß an hohen Stellen.

Aus der Liste der Kriegsschiffe seien gestrichen: ein Linienschiff, zehn Kreuzer und drei Torpedoboote. Die Kriegsmarine habe 698 Seeoffiziere, 162 Ingenieuroffiziere, 98 Sanitätsoffiziere, 514 Oberfeldwebel, 3028 Unteroffiziere, 9383 Obergefreite und Mannschaften. Eine schwierige Frage sei die der Reichswerften, die sich infolge Mangels an Arbeit nicht rentabel gestalten können. Außerdem gebe es bei diesen Werften eine so ungeheure Zahl von Beamten, wie es bei einer privaten Werft ein Ding der Unmöglichkeit sei. Mit Genugtuung könne er feststellen, daß im Gegensatz zur Reichswehr

bei der Marine eine größere Anzahl von Offizieren aus dem Mannschaftsstand hervorgegangen

sei. Der Andrang zur Marine sei überraschend groß. Im letzten Jahre seien 25 000 Gesuche um Einstellung eingelaufen, von denen nur 6 Prozent berücksichtigt werden konnten. Die Mißhandlungen Untergebener haben sich außerordentlich vermindert. In der

Frage des Panzerschiffes B

müsse er als Berichterstatter mit Rücksicht auf die ungeheure Notlage des Reiches die Streichung der eingesetzten ersten Rate beantragen. Befremden erregt die Art, wie der Antrag auf Einsetzung dieser Rate zustandegekommen sei. Die Vertreter der Reichsregierung seien verpflichtet gewesen, den Staat zu verteidigen, der vom Kabinett verabschiedet worden war. Aber die Herren der Marine hätten erklärt: „Bitte, wenn Sie uns vergewaltigen wollen, wir stehen zur Verfügung." (Heiterkeit.)

Reichswehrminister Groener erklärte: Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler möchte ich zur Frage des Panzerschiffes B folgende Erklärung abgeben: Die Mitglieder des Reichstages wissen, daß ich durchaus kein kritikloser Flottenschwärmer bin. Sie wissen aber auch, daß ich den Ersatz unseres gänzlich veralteten Schiffsmaterials für unbedingt notwendig erachte. Diesen Standpunkt habe ich auch bei der Beratung meines Etats im vorigen Reichskabinett vertreten und auf die Einsetzung einer ersten Rate für das Panzerschiff B in Anbetracht der besonders angespannten Haushaltslage, also nur aus finanziellen Gründen, erst verzichtet, nachdem vom Reichskabinett einstimmig, also auch

unter Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister,

in einer besonderen Entschließung festgelegt wurde, daß mit dem Etat 1931 ein Schiffsbauersatzplan, der auch den Ersatz der Linienschiffe enthalten sollte, vorgelegt würde. Bei dieser Einstellung war es selbstverständlich, daß ich dem Antrage Ostpreußens im Reichstag, der eine kleine erste Rate für das Panzerschiff B vorsah, ohne die Endsumme des Marineetats zu erhöhen, sympathisch gegenüberstand. Die Reichsregierung wollte allerdings in dieser Frage, wie in der entscheidenden Reichsratssitzung Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer namens der Reichsregierung ausdrücklich erklärte, keine Initiative ergreifen oder eine Beeinflussung ausüben. Sie hatte aber auch keinen Anlaß, nachdem der Reichsratsbeschluß für Einsetzung einer Baurate vorlag, dem Reichstag eine Doppelvorlage zu machen, da ja eine Herausgabe durch den Beschluß des Reichsrats nicht eintrat, und

weil die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit dem vorigen Reichskabinett grundsätzlich für die Erneuerung unserer Flotte gesorgt werden muß.

Nur um den Zeitpunkt des Baubeginns handelt es sich also, und die Entscheidung hierüber bittet die Reichsregierung dieses hohe Haus selbst zu treffen. Ich nehme an, daß der Reichstag an seiner früher gefaßten Entschließung auf Vorlage eines langfristigen Plans für Ersatzbauten festhält. Die Reichsregierung wird ihrerseits den Beschluß der früheren Reichsregierung in dieser Frage aufrecht erhalten. Im übrigen darf ich mir vorbehalten, auf die vom Herrn Berichterstatter sonst angeschnittenen Fragen später einzugehen.

Abg. Erfing (Z.) hielt als Mitberichterstatter die Zahl der Beamten und Angestellten viel zu hoch. Hier ließen sich Ersparnisse erzielen, ohne daß militärische Interessen verletzt werden.

Was geschieht mit den Kriegsschiffen, die aus der Liste gestrichen worden sind?

Sind hier keine Rückeinnahmen zu verzeichnen? Abg Erfing erkannte an, daß sich der Prozentsatz der Katholiken bei der Marine im Vergleich zum Vorjahr etwas gehoben habe. Trotzdem müsse er bitten, daß bei Auswahl der Bewerber die evangelischen und katholischen Bewerber prozentual gleich stark berücksichtigt werden Bei den Einsparungen für die erste Rate des Panzerschiffes B handele es sich um eine Verschiebung im Bauplan.

Abg. Kuhnt (Soz.) sprach sich scharf gegen die Rate für das Panzerschiff aus. Die Reichsregierung baue an allen Ecken und Enden die Ausgaben für soziale Zwecke ab. Gleichzeitig aber kröne sie diese „Sparsamkeit" durch die Anforderung der ersten Rate für ein neues Panzerschiff. Die Sozialdemokratie trete ganz besonders für die Sicherung und Hebung Ostpreußens ein, aber auf vernünftige Weise, namentlich durch wirtschaftliche Unterstützung.

Abg. Francois (WP) erklärte, die Schiffe der Deutschen Reichsmarine seien überaltert und erforderten Reparaturkosten, die in die Millionen gingen. Daher sei es schon aus kaufmännischen Gründen ratsam, die alten Schiffe durch neue zu ersetzen. Die Frage des Panzerschiffes B dürfe nicht zum Spielball innenpolitischer Parteikämpfe werden.

Abg. Dr. Brüninghaus (D.V.) führte aus: In der Regierungserklärung des Reichskanzlers Brüning sei ganz zweifelfrei zum Ausdruck gekommen, daß das frühere Kabinett mit Einschluß der vier sozialdemokratischen Minister entschlossen gewesen sei, die Serie der Panzerschiffe unter allen Umständen zu bauen. Lediglich über den Zeitpunkt habe Meinungsverschiedenheit geherrscht. Der springende Punkt sei, wo die Kosten für die erste Rate gespart werden; und hier greife man nicht zu laufenden Mitteln, sondern nehme von den für den Bau des Kreuzers „Leipzig" bewilligten Mitteln 2,9 Millionen Mark, um eine gewisse Stetigkeit in der Werftbeschäftigung herbeizuführen. Aus diesem Grunde sei es auch dringend erwünscht, daß dem Reichstag ein Plan vorgelegt werde, wie die Regierung sich in den nächsten Jahren den Weitergang der Bauten denkt. Bis zum Vorliegen dieses Planes beantrage er, die Abstimmung über die erste Rate für das Panzerschiff B auszusetzen.

Abg. Graf Westarp (Dtn.) befürwortete dringend die Bewilligung der Panzerkreuzerrate. Die Erklärung des Wehrministers halte zwar an dem Bau fest, wolle sich aber mit der Verschiebung um ein weiteres Baujahr abfinden. Das könne man nicht billigen.

Abg. Bernhard (D.) erklärte, die Frage der ersten Rate für das Panzerschiff B sei für die Demokraten keine politische, sondern eine sachliche Frage. Die Demokraten lehnen die Rate in diesem Etat ab. Der Antrag des Abgeordneten Brüninghaus, die Abstimmung zu vertagen, führt nicht zum Ziel. Alle Mittel, die uns der Versailler Vertrag zur Verteidigung des Vaterlandes gibt, wollen wir benutzen, aber selbstverständlich nur diejenigen, die der heutigen Kriegstechnik entsprechen.

Abg. v. Lindeiner-Wildau (Volksk.) stellte fest, daß in der grundsätzlichen Frage der Erneuerung des Kriegsschiffsmaterials zwischen dem vorigen Kabinett des sozialdemokratischen Reichskanzlers Müller und dem heutigen Kabinett irgendein Unterschied in der Willensmeinung nicht bestanden habe. Rein menschlich gesehen, müsse man für die erste Rate des Panzerschiffes sein,

weil man deutschen Marineangehörigen nicht zumuten könne, daß sie sich auf 37 Jahre alten Panzerschiffen den größten Gefahren aussetzen.

Wenn aber, was der Redner nicht hoffe, die erste Rate für den Panzerkreuzer B jetzt abgelehnt werden sollte, so müßten unbedingt diejenigen Kürzungen wieder rückgängig gemacht werden, die der Reichsrat bei den anderen Ersatzbauten vorgenommen habe.

Reichswehrminister Gröner erklärte gegenüber den Kritiken an einem zu hohen Bestand an hohen Beamten, daß er nachdrücklich und rücksichtslos Einsparungen vornehme, wenn nach die Entbehrlichkeit eines Postens herausstelle. Die Zugehörigkeit zu einer Konfession spiele bei der Wehrmacht keine Rolle. Die Frühjahrsreisen der Flotte gehören unbedingt zur Gesamtausbildung und bilden ein ungeheuer wichtiges Erziehungsmittel. Zu der Frage des Panzerschiffes B erklärte der Minister, daß er seinen Standpunkt, den er bereits im vorigen Jahre klipp und klar festgelegt habe, nicht noch einmal zu wiederholen brauche. Er trat aber in scharfer Weise der Meinung entgegen, daß man auf die psychologische Wirkung im Auslande Rücksicht nehmen müßte und meinte, daß man sich davon endlich freimachen müßte.

Ein Volk, wie das deutsche, dürfte nur nach eigenem Ermessen handeln.

Bei den Ersatzbauten kranken wir daran, daß nicht auf lange Sicht ein Bauprogramm verfolgt wird, sondern daß die Ersatzbauten je nach der parteipolitischen Einstellung der Mehrheit in verschiedener Weise bewilligt werden. Zu den kommunistischen Zersetzungsversuchen in der Marine kann ich die Versicherung abgeben,

daß ich fest entschlossen bin, in rücksichtsloser Weise gegen die kommunistischen Infektionsversuche der Wehrmacht vorzugehen.

Es wird den Kommunisten nicht gelingen, daß die Wehrmacht irgendwie aus der Hand ihrer Vorgesetzten herauskommt.

Unsere Schiffe sind mehr als überaltert. Wir brauchen neue moderne Schiffe.

Diese Frage darf nicht vom politischen Standpunkt beurteilt werden, sondern vom militärischen und wirtschaftlichen. Im Ministerium liege schon lange ein langfristiges Flottenbauprogramm fertig aufgestellt, er könne es aber noch nicht mitteilen, weil es das Kabinett noch nicht passiert habe. Zum Schluß bat der Minister dringend, ihn in seinen Bemühungen zu unterstützen, die Wehrfrage aus parteipolitischen Fragen herauszubringen und zu einer nationalen Frage zu machen.

Admiral Dr. Räder wies darauf hin, daß der Marineetat 1930 im Nutzeffekt erheblich niedriger sei als der Normaletat von 1928. Ebenso wie bei der englischen Marine habe auch bei uns die Zahl hoher Stellen zugenommen, die jedoch sämtlich voll beschäftigt sind. Bei den Marinewerften finde ein systematischer Abbau der Beamten statt.

Die Auslandsreisen der Flotte sind für die Ausbildung unbedingt notwendig

und würden dazu benutzt, Propaganda im Sinne der deutschen Republik zu machen. Die bemängelten hohen Preise für Schiffe und Armierungen kommen daher, daß wir jetzt nur Einzelbestellungen aufgeben können, während wie früher Serienpreise hatten. Die Mittel für die erste Rate des Panzerschiffes B sollten dadurch gewonnen werden, daß das Ersatzschiff „Leipzig" etwas langsamer gebaut würde, um den Bau von „Elsaß-Lothringen" vorzubereiten, wodurch die Entlassung von rund 1000 Arbeitern vermieden würde.

Unter Ablehnung aller sozialdemokratischen und kommunistischen Streichungsanträge wurden alle Etatspositionen der fortdauernden Ausgaben des Marineetats genehmigt. Bei den einmaligen Ausgaben wurde

der Betrag von 2,9 Millionen Mark für die erste Baurate des Panzerschiffes B mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und zwei Zentrumsabgeordneten abgelehnt.

Ein Zentrumsabgeordneter und die Bayerische Volkspartei enthielten sich der Stimme; die übrigen Fraktionen und ein Zentrumsabgeordneter stimmten für die Position. Die Ablehnung der ersten Baurate erfolgte mit 19 gegen 18 Stimmen bei drei Enthaltungen.

Ein Zentrumsantrag, die zugunsten des Panzerkreuzers B vom Reichsrat bei den übrigen Kreuzerbauten gemachten Abstriche von 2,9 Millionen wieder herzustellen, wurde abgelehnt.

Die übrigen Positionen des Marineetats wurden genehmigt.

Der Prozeß um den „Wunderstab".

Zeileis gegen Lazarus.

:: **Berlin,** 8. Mai. Nach mehrmaliger Vertagung begann am Donnerstag vor der Zivilkammer des Landgerichts III in Berlin der Prozeß des Gallspacher „Wunderdoktors" Zeileis gegen den Berliner Universitätsprofessor Dr. Lazarus. Nachdem Zeileis wesentliche Teile der ursprünglichen Klageschrift fallengelassen hat, geht es nun nur noch um den Anspruch, dem Beklagten die Wiederholung der Behauptung zu untersagen, daß er die Zeileis-Methode in Gallspach studiert und in zwei Münchener Zeileis-Instituten eine Behandlung durchgemacht habe, die zu falschen Diagnosen über ihn geführt hätte.

Der Andrang zu der Verhandlung ist außerordentlich stark. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Kohler. Für den Kläger sind die Anwälte Dr. Hirschland und Dr. Bonnem sowie der Wiener Rechtsfreund des Zeileis-Instituts, Rechtsanwalt Dr. Werner, erschienen. Prof. Dr. Lazarus wohnt der Verhandlung mit seinem Rechtsbeistand Justizrat Dr. Bernstein bei.

Zu Beginn der Verhandlung kam es zu einer Auseinandersetzung über die Ausdehnung des Verfahrens Der Vorsitzende betonte, daß es nicht Sache des Gerichts sei, medizinische Fragen zu klären. Man müsse sich hier streng an die Klage halten, und wisse die Ausführungen darauf zu beschränken, was der Vertreter des Beklagten, Justizrat Dr. Bernstein, jedoch ablehnte.

Hierauf schilderte Rechtsanwalt Bonnem die Vorgeschichte des Prozesses, die in Veröffentlichungen und Vorträgen des Professors Dr. Lazarus besteht. Gegenüber der Behauptung des Beklagten, daß er in Gallspach eingehende Studien vorgenommen habe, erklärte Dr. Bonnem, daß der Aufenthalt des Beklagten in Gallspach höchstens 40 Minuten gedauert habe und daß er während dieser Zeit lediglich eine Unterredung mit einem im Laboratorium tätigen Ingenieur gehabt habe. Er sei weder in die Behandlungsräume noch an Apparate gekommen. Die Behauptung des Angeklagten, er habe an Ort und Stelle alles genau studiert, sei unwahr. Dr. Bonnem beschäftigte sich weiter mit der erfolgten Klageeinschränkung, wobei er Professor Lazarus vorwarf, daß dieser bereits den wesentlichsten Teil des Gerichtsverfahrens, die Beweisaufnahme vorweg zu nehmen versucht habe. Eine gerichtliche Nachprüfung der Zeileis-Methode habe der Beklagte dadurch unmöglich gemacht. Nachdem er die Oeffentlichkeit und die Fachmeinung derart beeinflußt habe, würde jeder Arzt, der als Sachverständiger hätte vernommen werden müssen, wahrscheinlich ein Gegner der Methode gewesen sein. Deshalb habe man die Klage beschränken müssen Das sei nicht eine Zurückziehung im moralischen Sinne. Ueber das Zeileis-Verfahren würden der Erfolg und die Geschichte urteilen. Frau Rotter in Salzburg, in deren Institut Lazarus die Apparate angeblich studiert habe, sei eine ehemalige Schülerin von Zeileis und habe keinerlei Zusammenhang mit dem eigentlichen Zeileis-Institut. Ihre Apparate seien auch niemals in einem Zeileis-Institut verwandt worden. Rechtsanwalt Dr. Bonnem wandte sich dann der Behandlung zu, der sich Professor Lazarus in München unterzogen hat. Die von Lazarus aufgesuchten Münchener Aerzte seien zwar Zeileis-Schüler, übten ihre Praxis aber vollkommen unabhängig voneinander und auch unabhängig von Gallspach aus. Lazarus sei aber in München unter dem falschen Namen eines Kunstmalers Hohenheim aus Berlin aufgetreten. Zum Schluß erklärte der Verteidiger, das Verhalten von Lazarus sei üble Nachrede in einer den guten Sitten widersprechenden Weise.

Für Prof. Lazarus erklärt Justizrat Dr Bernstein, es wäre Professor Lazarus nicht möglich gewesen, die ganze ärztliche Wissenschaft auf seine Seite zu kriegen, wenn seine Behauptungen nicht der Wahrheit entsprochen hätten. Aus dem Gutachten gehe hervor, daß durch die Anwendung der Zeileis'schen Methoden auch nicht Teilerfolge erzielt werden könnten, wohl aber Schädigungen hervorgerufen werden könnten. Zeileis habe durch Bestrahlungen angebliche Gewächse behandelt, bis diese auf natürliche Weise zutage traten.

Professor Lazarus führte Gutachten an, wonach die Ansichten von Zeileis einen so fundamentalen Unsinn darstellten, daß es gar nicht möglich sei, mit ihm zu diskutieren; wenn man 200 Patienten in 30 Minuten abfertige, wie sollte da eine richtige Diagnose mit der hohlen Glasröhre, dem sogenannten Zauberstab, gestellt werden. Professor Lazarus schildert zahlreiche Beispiele von Krankenbehandlungen in Gallspach und erklärte in starker Erregung, daß das, was er in Münchener Kliniken durch Umfragen erfahren habe, so schauderhaft sei, daß er vor aller Welt Zeileis der fahrlässigen Tötung anklage. In höchster Erregung zerschlägt Lazarus dabei den Glasstab auf der Rampe des Gerichtstisches, so daß die Splitter weit herumfliegen. Professor Lazarus erklärte zusammenfassend, daß er alle seine Behauptungen aufrecht erhalte. Er habe im ganzen 1263 Fälle geprüft, und zwar 94 schwerwiegende und 61 Fälle von Tod und Schädigungen. Es liege also ein großes öffentliches Interesse vor, daß man diesem Treiben Einhalt tue.

Damit war die Verhandlung beendet. Ein Termin zur Verkündung einer Entscheidung des Gerichts ist noch nicht bekanntgegeben.

Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler.

○ **Berlin,** 8. Mai.

Ueber die heutige Parteiführerbesprechung in der Reichskanzlei wird folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

Heute nachmittag fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning eine Fraktionsführerbesprechung der hinter der Regierung stehenden Parteien statt. An dieser Aussprache nahmen die Führer und Haushaltssachverständige des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Demokratischen Partei, der Christlichnationalen Arbeitsgemeinschaft und der Bayrischen Volkspartei teil. In der Besprechung war darüber Einmütigkeit, daß mit allen Kräften versucht werden müsse, im Haushaltsplan Ersparnisse zu erzielen und Abstriche vorzunehmen. Ueber Streichungen politischen und grundsätzlichen Charakters soll vorher eine Einigung erzielt werden. Die Regierung versprach ihrerseits, den Entwurf eines Ausgabensenkungsgesetzes den gesetzgebenden Körperschaften mit tunlichster Beschleunigung zuzuführen.

Wie wir in Ergänzung dieses Communiqués noch erfahren, dauerte die Parteiführerbesprechung nur etwa fünf Viertelstunden. Behandelt wurde nur die grundsätzliche Frage des taktischen Vorgehens für die Regierungsparteien bei den kommenden Etatsberatungen. Dagegen wurde auf materielle Einzelheiten nicht eingegangen. Die Regierung stützt sich auf mehr Gruppen als das vorhergehende Kabinett. Umso notwendiger erschien es dem Kanzler offenbar, sie einmal zusammenzubringen, um zu vermeiden, daß Streichungsanträge eingebracht werden, die die Geschlossenheit der Koalition irgendwie stören könnten. Es ist nun denn auch in der Tat vereinbart worden, daß eine Koalitionspartei irgendwelche Streichungsanträge nur einbringen soll, nachdem sie sich vorher mit ihren Nachbarfraktionen in Verbindung gesetzt hat, um die Zweckmäßigkeit eines solchen Antrages gemeinsam zu beraten. Diese Vereinbarung war das Ziel, das der Kanzler der heutigen Besprechung gesteckt hatte.

Blutige Zusammenstöße in Bombay.

:: **Bombay,** 8. Mai. In Scholapur, in der Präsidentschaft Bombay, ist es zu einem außerordentlichen ernsten Tumult gekommen, bei dem 25 Personen getötet und 100 verletzt wurden. Sechs Polizeireviere, das Gerichtsgebäude und sämtliche Läden, in denen alkoholhaltige Getränke feilgeboten wurden, wurden in Brand gesetzt. Eine englische Militärabteilung ist nach Scholapur entsandt worden.

Busch gesteht!

◇ **Berlin,** 8. Mai. Laut „Deutscher Zeitung" hat der ehemalige Berliner Stadtrat Busch sein erstes Geständnis vor dem Untersuchungsrichter abgelegt. Auf die Frage, was er mit den 75 000 ℳ gemacht habe, die er von Sachs erhalten habe, erklärte er, er habe sie für Parteizwecke verwendet. Er konnte aber keine Auskunft darüber geben, welcher Partei er Geld zugewendet habe und gab schließlich zu, diese 75 000 Mark verbraucht zu haben. Damit ist, so bemerkt das Blatt, der Tatbestand der Bestechung erwiesen.

★

Handgranaten in einem Kindergarten.

:: **Sorau,** 7. Mai. Von Kindern, die im Garten des Grundstückes Landesanstalt 57 spielten, wurden gestern nachmittag in einer Tiefe von etwa 20 Zentimetern 19 Eierhandgranaten mit Zünder freigelegt. Mehrere Kinder begaben sich mit zwei der gefundenen Granaten zur Polizei. Ein Beamter stellte darauf auf dem Grundstück die gefährlichen Fundstücke sicher.

Sechs Tote bei einem Flugzeugabsturz in Mexiko.

:: **Aguas Calientes,** 8. Mai. Bei dem Absturz eines Flugzeuges zwischen Aguas Calientes und Zacatecas kamen sechs Personen ums Leben.

Die Hitzewelle in den Vereinigten Staaten.

•:• **Newyork,** 8. Mai. Die ungewöhnliche Hitze dauert fort. Das Thermometer zeigt eine Temperatur von 31 Grad Celsius. Zahlreiche Personen sind an Hitzschlag erkrankt; vier Fälle von Hitzschlag sind tödlich verlaufen. Andere Städte im Osten melden noch höhere Temperaturen, so Boston 33,9 Grad und Philadelphia 34,6 Grad Celsius.

Letzte Sportnachrichten.

Stribbling schlägt Schönrath k. o.

London, 8. Mai.

In der Londoner Alberthall stand der Krefelder Hans Schönrath gegen den Amerikaner Young Stribbling. In der Mitte der zweiten Runde erhielt Schönrath bei einem Angriff einen schweren rechten Haken, der ihn rücklings auf die Bretter legte, worauf der Ringrichter den ungleichen Kampf zu Gunsten des Amerikaners abbrach.